

# Gemeinderatswahlen in Kärnten

**Nun ist es fix. Die KPÖ kandidiert bei den Kärntner Gemeinderatswahlen am 9. März in Klagenfurt und Villach. Die Unterstützungserklärungen wurden mehrere Tage vor Fristablauf eingebracht.**



Andrea Kerschbaumer

## Es geht auch anders

Andrea Kerschbaumer, 30-jährige Handelsangestellte und Sprecherin des Gewerkschaftlichen Linksblocks Klagenfurt, ist Spitzenkandidatin der KPÖ für die Gemeinderatswahl in der Kärntner Landeshauptstadt.

Die politische Message der Klagenfurter KPÖ an das Wahlvolk lautet kurzgefasst: „Es geht auch anders“. Klagenfurt muss z. B. nicht ein einziger großer Einkaufsstempel werden. Eine seltsame Gegenbewegung: immer mehr Leute haben immer weniger Geld, und die Stadtverwaltung fördert die Ansiedlung zusätzlicher Einkaufsstempel. Schon jetzt fällt man von einem Supermarkt in den

anderen und nun soll das größte im Stadtkern errichtete Einkaufszentrum Mitteleuropas entstehen – mit zehntausenden geplanten BesucherInnen täglich und voraussehbaren massiven Verschlechterungen der sowieso schon jeder Beschreibung spottenden Verkehrssituation. „Neu denken“, meint Andrea Ker-

schbaumer, ist auch diesbezüglich notwendig: die Stadt kann nicht nach den Erfordernissen eines möglichst schnellen Konsums zugerichtet werden, ohne das Mensch und Umwelt Schaden nehmen.

„Es geht auch anders“ heißt, sich vom religiösen Dogma des Neoliberalismus zu verabschieden, das da behauptet, privat sei besser als öffentlich. Öffentliches Eigentum darf nicht verscherbelt, sondern muss gut genutzt und im Interesse der GemeindebürgerInnen verwaltet werden, und zwar besser als bisher. Was die Herren in der Gemeindeverwaltung vom ihnen anvertrauten öffentlichen Eigentum halten, zeigt die Art, wie sie damit umgehen: viele der Gemeindefunktionen z. B. haben auch im Jahr 2003 nicht einmal ein Bad. Der Schlachthof wurde nicht erneuert, sondern verkauft. Überlegungen des stufenweisen Verkaufs der Stadtwerke sind schon im Raum, werden aber noch nicht laut gehandelt. Was sich nach den Wahlen sicher ändern wird. Was GATS bedeutet, soll also im Wahlkampf ins öffentliche Bewusstsein gerückt, Unterschriften für eine Volksabstimmung über den Schutz des öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf sollen gesammelt werden. Kultur- und demokratiepolitisch ist Klagenfurt am unteren Level angesiedelt: tausende StadtbewohnerInnen haben als MigrantInnen nicht einmal ein Wahlrecht, und die Kulturpolitik schwankt – sieht man von einigen Ausnahmen ab – zwischen Heimatdienst und Go-Cart-Rennen mit Politikerbeteiligung. Unter die Räder kommen dabei freie Initiativen, vor allem jene, die nicht bereit sind, jenen, die das öffentliche Geld verteilen, die Hand zu küssen.

Die Klagenfurter PolitikerInnen sind weder bereit noch dazu fähig, aus der

Lage der Stadt am Schnittpunkt dreier Kulturen Lebensqualität für die BewohnerInnen zu schöpfen. Und ihr Ansinnen, sich in Zukunft als Kulturhauptstadt Europas zu empfehlen, kann unter diesen Umständen nur als schlechter Witz durchgehen. Die wahlpolitische Ausgangslage in Klagenfurt: ÖVP, FPÖ und SPÖ verfügen über jeweils 14 Mandate, die VGÖ über 2 und die Grünen über eines. VGÖ und Grüne haben sich für die heutige Gemeinderatswahl zusammengeschlossen, um sich einen Stadtratsitz zu sichern, allerdings hat sich daraufhin eine Liste von den Grünen abgespalten.

Die KPÖ war bis 1979 im Gemeinderat vertreten, erreichte im Jahre 1991 ihren historischen Tiefpunkt mit 147 Stimmen, und erhielt bei den Nationalratswahlen knappe 300. Um das Wahlziel – ein Mandat – zu erreichen, müssten also je nach Wahlbeteiligung drei bis vier Mal mehr Stimmen für die KPÖ abgegeben werden als bei den NRW. Andrea Kerschbaumer, die bereits am großen Zugewinn der Stimmen für den GLB bei den AK-Wahlen in Kärnten beteiligt war, ist zuversichtlich: „Wenn alle, die uns gern im Gemeinderat sehen würden, uns auch wählen, hätten wir locker ein Mandat“. Die Klagenfurter KPÖ-KandidatInnen sind jedenfalls guter Dinge und werden um jede Stimme kämpfen, um den stimmungsmäßigen Aufwärtstrend, der seit den Nationalratswahlen und den Grazer Gemeinderatswahlen zu spüren ist, zu verstärken.

Mirko Messner



Karin Peuker

## Soziale Standards modernisieren, Privatisierungen stoppen

Das ist der Rahmen, unter welchen die Villacher KPÖ einen Wiedereinzug in den Gemeinderat schaffen will. Sehr plakativ und medienwirksam wird von den mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten der Kaufkraftzuwachs „der Villacher“ Bevölkerung in Vergleich zu anderen Städten als Erfolgsbilanz dargestellt. Alle Gemeinderatsfraktionen hängen sich an diesen Zipfel.

Die KPÖ thematisiert die Schönheitsfehler dieser Bilanz:

Die Kaufkraft von allen Villacherinnen und Villachern ist nicht gestiegen. In den Betrieben nicht. Bei den Pensionen nicht. Bei den meisten

Gewerbetreibenden nicht. Und schon gar nicht bei der überdurchschnittlich hohen Zahl von Arbeitslosen. Wo dann? Statt plakativer Gesamteinkommensbilanzen geht es uns um Menschen, die nicht zu den Gewinnern der neoliberalen Umgestaltung gehören.

Villach ist ein Sonderfall unter Österreichs Gemeinden. Die finanzielle Situation aufgrund des Erlöses aus dem Verkauf der KELAG Anteile der Stadt ermöglicht Handlungsfreiräume. Die Rathausparteien verwechseln diese Mittel mit ihrem Wahlkampfbudget. Kann es Aufgabe der Stadt sein, Mitgesellschafter an einem Golfplatzprojekt zu sein, welches nicht einmal am Gemeindegebiet angesiedelt ist. 230.000,- Euro an „Sportförderung“ für eine elitäre Oberschicht angesichts 1500 Bürger, die nicht ausreichend mit Wohnraum versorgt sind – das kann es nicht sein.

Entsorgungseinrichtungen werden über sogenannte strategische Partner privatisiert (Müllabfuhr, Sondermüll, Sperrmüll), das unternehmerische Risiko aber sozialisiert. Die Gemeindebürger werden mehr und mehr über Gebühren und Tarife verpflichtet auch die Gewinnerwartungen dieser „Strategischen Partner“ zu erfüllen.

Überall wird Kostenbewusstsein gefordert – nur nicht im Bereich der politischen Repräsentanz. Die Ausgaben für die politische Vertretung sind innerhalb der letzten 3 Jahre ganz im Gegensatz zur realen wirtschaftlichen Entwicklung um über 15 Prozent gestiegen. Deshalb fordert die KPÖ eine Koppelung der Politikerbezüge an das Durchschnittseinkommen und nicht an jenes der Manager in der Privatwirtschaft.

Das wird der Stoff, mit dem wir nach 12 Jahren wieder im Villacher Gemeinderat einziehen wollen. Die KPÖ geht in diesen Wahlkampf runderneuert mit Spitzenkandidatin Karin Peuker. Im Wissen, dass uns nichts geschenkt wird und das wir um jede Stimme kämpfen müssen, dass aber die Chancen für den 9. März schon lange nicht so gut waren wie jetzt.

Gottfried Berger

## Besuchsempfehlung:

[www.kpoe-villach.at](http://www.kpoe-villach.at)  
oder ab 20. Februar  
[www.klagenfurt.kpoe.at](http://www.klagenfurt.kpoe.at)